

Sommersession 2024 Sessionsrückblick - 1. Woche



Trauer um verstorbenen Vizekanzler im Nationalrat

Die Sommersession beginnt auf traurige Weise. Über das Auffahrtswochenende erreichte auch die Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Nachricht vom Tod des langjährigen Vizekanzlers und Bundesratssprechers André Simonazzi. Mit 55 Jahren kam er bei einer Wanderung ums Leben. «Viele von uns konnten diese Nachricht im ersten Moment gar nicht glauben und haben jetzt noch Mühe, sich vorzustellen, dass André Simonazzi plötzlich nicht mehr unter uns ist», sagt Nationalratspräsident Eric Nussbaumer.

Kompromiss bei Schutz ausländischer Gewaltopfer

Der Nationalrat nähert sich beim Schutz ausländischer Opfer häuslicher Gewalt dem Ständerat an. Weiterhin strittig sind aber die Kriterien, auf die sich die Behörden bei der Feststellung des Opferstatus stützen sollen. In diesem Punkt schlägt der Nationalrat einen Kompromiss vor. Demnach soll als Gewaltopfer gelten, wer von einer Fachstelle betreut wird oder in einer spezialisierten Einrichtung, beispielsweise einem Frauenhaus, Schutz sucht. Bereits in der Wintersession 2023 respektive in der Frühjahrsession hatten National- und Ständerat beschlossen, dass künftig als Härtefall gelten soll, wer eine gewalttätige Beziehung verlässt. Dies bedeutet, dass Betroffene ihren Aufenthaltsstatus nicht mehr verlieren. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.

Mehr Schutz für minderjährig Verheiratete in der Schweiz

In der Schweiz sollen die Rechte minderjährig verheirateter Personen verbessert werden. Der Nationalrat hat für eine Reihe von Gesetzesverschärfungen ausgesprochen, welche der Bundesrat ausarbeitete. Sie gehen ihm in einem Punkt aber nicht weit genug. Wie im Frühling der Ständerat begrüsst der Nationalrat zwei Kernpunkte der Vorlage: Erstens sollen sogenannte Sommerferienheiraten künftig generell ungültig sein. Es geht um Ehen, bei denen in der Schweiz wohnhafte Minderjährige während ihrer Ferien im Ausland verheiratet werden. Das Verbot soll gelten, wenn einer der Ehegatten zum Zeitpunkt des Eheschlusses seinen Wohnsitz in der Schweiz hatte. Ebenfalls einverstanden ist der Nationalrat mit der neuen Bestimmung, dass ein Gericht künftig Ehen neu bis zum 25. Lebensjahr eines minderjährig verheirateten Ehepartners für ungültig erklären kann. Anders als der Ständerat ist der Nationalrat aber nicht der Meinung, dass Richter eine Minderjährigenheirat in gewissen Fällen nach Vornehmen einer Interessensabwägung sollen bewilligen können.

Afghaninnen erhalten in der Regel weiterhin Asyl

Im letzten Sommer änderte der Bund die Asylpraxis für afghanische Frauen und Mädchen. Grundsätzlich werden sie alle als Flüchtlinge anerkannt. Im Gegensatz zu vorläufig Aufgenommenen haben sie das Recht, ihre Familie nachzuziehen. Der Nationalrat lehnt eine Motion ab, die den entsprechenden Entscheid rückgängig machen wollte. Der Entscheid fällt knapp mit 92 zu 91 Stimmen bei zehn Enthaltungen. Weiter stimmt der Rat einer Motion seiner Rechtskommission zu. Demnach soll das SEM die neue Praxis mit verschiedenen flankierenden Massnahmen und Vorkehrungen ergänzen, etwa mit einer verpflichtenden Sicherheitsprüfung für nachziehende Ehepartner.



Nationalrat genehmigt Staatsrechnung 2023

Der Nationalrat hat die Staatsrechnung des Bundes für das letzte Jahr genehmigt. Der Bund machte 2023 zum zweiten Mal in Folge ein Defizit, letztes Jahr waren es 1.4 Milliarden Franken. Es gab im Rat auch kritische Stimmen – vor allem von der SVP. Rednerinnen und Redner der Partei befanden, man müsse endlich zur Vernunft kommen und bei den Ausgaben Mass halten. Die SVP lehnte die Staatsrechnung denn auch ab. Die Fraktion habe in der Budgetdebatte Kürzungsanträge von insgesamt rund einer Milliarde Franken eingebracht, begründete Sprecher Lars Guggisberg (BE) das Nein. "Bedauerlicherweise fanden diese Anträge keine Mehrheit". Auch der Ständerat wird die Staatsrechnung 2023 in der laufenden Sommersession noch genehmigen müssen.

Trotz knapper Finanzen: Nationalrat will 15 Mio. für Frauen-EM

Mit bis zu 15 Millionen Franken will der Nationalrat die Frauen-Fussball-EM 2025 in der Schweiz unterstützen. Das ist fast vier Mal so viel wie der Bundesrat mit Rücksicht auf die knappen Finanzen beantragt. Der Nationalrat hiess die Aufstockung der Bundesbeiträge gut, zusammen mit weiteren Nachtragskrediten. Er folgte mit teilweise knappen Stimmenmehrheiten seiner Finanzkommission. Nun ist der Ständerat am Zug. Seine vorberatende Kommission empfiehlt dieselbe Aufstockung für die Frauen-Fussball-EM.

Insgesamt bewilligte der Nationalrat elf Nachtragskredite von insgesamt rund 605 Millionen Franken sowie mehrere Zusatz- und Verpflichtungskredite. Das meiste Geld ist für Reservekraftwerke bestimmt und – angesichts einer höheren Zahl von erwarteten Asylgesuchen – für mehr Plätze für Neuankömmlinge in Bundesasylzentren und mehr Personal im Asylbereich.

Das Parlament versenkt die Tonnagesteuer für die Seeschifffahrt

Die Schweiz besteuert Reedereien auch in Zukunft nicht pauschal. Die Einführung der sogenannten Tonnagesteuer ist vom Tisch. Der Nationalrat hat sich am Dienstag dem Nichteintretensentscheid des Ständerats angeschlossen.

Mit 108 zu 75 Stimmen bei zwei Enthaltungen folgte der Nationalrat dem Antrag der Mehrheit seiner Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N). Der Entscheid bedeutet eine Kehrtwende: Im Winter 2022 hatte die grosse Kammer die Vorlage zur Einführung der sogenannten Tonnagesteuer auf Hochseeschiffe noch unterstützt. Wie zuvor im Ständerat überwogen in der Debatte vom Dienstag aber die Sorge um die Bundesfinanzen und Zweifel an der Verfassungsmässigkeit der Vorlage. Deren finanzielle Auswirkungen seien trotz mehrfacher Nachfragen der zuständigen Kommission unklar, sagte etwa Leo Müller (Mitte/LU) namens seiner Fraktion.

2016 hatte das Parlament noch dafür votiert, für die Schweizer Hochseeschiffahrtsunternehmen die Möglichkeit einer Besteuerung nach der Ladekapazität von Schiffen zu schaffen. Dies anstelle einer Besteuerung basierend auf dem tatsächlich erwirtschafteten Gewinn oder Verlust. Es erteilte dem Bundesrat den Auftrag, dazu einen Umsetzungsvorschlag zu machen. Mit der vorgeschlagenen Neuregelung wäre die durchschnittliche Steuerlast für die betroffenen Reedereien leichter ausgefallen als heute. Namentlich die Ratslinke kritisierte die Tonnagesteuer daher als ungerechtfertigtes Steuergeschenk an eine einzelne Branche.



Einladung des deutschen Botschafters

Am Dienstagabend bin ich als Mitglied der Delegation, die Beziehungen zum Deutschen Bundestag pflegt, einer Einladung des Deutschen Botschafters Michael Flügger gefolgt. Ebenfalls vor Ort war Felix Schreiner, der 2017 als Direktkandidat in den Deutschen Bundestag gewählt wurde und der die Freundschaftsgruppe Deutschland-Schweiz präsidiert.



Nationalrat will im Bildungsbereich weniger sparen als Bundesrat

Dem Nationalrat gehen die Sparbemühungen des Bundesrats bei Bildung und Forschung zu weit. Er hat die 29.2 Milliarden Franken, welche der Bundesrat für die Jahre 2025 bis 2028 freigeben wollte, um 152.2 Millionen Franken aufgestockt. Damit erhält der ETH-Bereich in den genannten Jahren 100 Millionen Franken mehr, obwohl die ETH über finanzielle Reserven im Umfang von über 1 Milliarde Franken besitzen. Die Grundbeiträge für kantonale Universitäten will der Nationalrat um 32.4 Millionen Franken aufstocken, jene für Fachhochschulen um 23.5 Millionen. Der Nationalrat erhöhte auch die Beiträge für den Innovationspark «Switzerland Innovation», ebenso jene für Institutionen der Forschungsförderung. Zudem sprach er mehr Geld für die Berufsbildung und die Weiterbildung. Er nahm aber da und dort auch Kürzungen vor. Die bundesrätliche Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2025-2028 (BFI-Botschaft) geht jetzt in den Ständerat.



Parlament erleichtert Schneckenzucht auf Bauernhöfen

Die Schneckenzucht soll in der Schweiz gefördert werden. Das möchte das Parlament. So sollen kleine Anlagen wie Gehege für die Schneckenzucht auf Bauernhöfen künftig bewilligt werden können. Der Bundesrat ist nun aufgefordert, die Gesetze entsprechend anzupassen. Nach dem Ständerat nimmt auch der Nationalrat einen entsprechenden Vorstoss an. Das Parlament lehnte es jedoch ab, dass Schnecken künftig als Nutztiere eingestuft werden. Denn dadurch hätte die Schneckenzucht unter Umständen Anspruch auf Subventionen bekommen.

Umschulungen von Wiedereinsteigern

Der Nationalrat will vom Bundesrat wissen, wie Menschen nach einer freiwilligen Erwerbspause beim Wiedereinstieg in die Arbeitswelt finanziell unterstützt werden können. Die grosse Kammer nahm am Donnerstag ein entsprechendes Postulat ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur mit 101 zu 90 Stimmen an. Der beim Bundesrat bestellte Bericht soll laut der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) darauf eingehen, mit welchen Mitteln Menschen, beispielsweise nach Familienpausen, finanziell unterstützt werden können, nachdem sie einige Jahre freiwillig nicht gearbeitet haben.

Medikamentenverschwendung

Der Nationalrat will etwas gegen die Medikamentenverschwendung unternehmen. Bei der Festsetzung des Preises von Medikamenten soll in der Schweiz künftig berücksichtigt werden, ob durch die Packungsgrösse, die Dosisstärke oder die Darreichungsform die Gefahr einer Verschwendung besteht. Mit klaren Mehrheiten nahm der Nationalrat am Donnerstag die drei Punkte einer Motion seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-N) mit diesen Forderungen an. Sie geht damit zur Prüfung an die zuständige Kommission des Ständerats. Der Bundesrat war für Annahme der Motion. Gesundheitsministerin Elisabeth Baume-Schneider sagte im Rat, zehn bis zwanzig Prozent des Packungsinhalts werde jeweils nicht benutzt. Das entspreche einem Wert von 300 bis 600 Millionen Franken. Die mögliche Wirkung der Motion sei also gross.

Nationalrat will Hausärzte stärker unterstützen

Der Nationalrat will Hausärzte stärker unterstützen. Die grosse Kammer nahm eine entsprechende Motion von Jacques Nicolet (SVP/VD), die eine Revision des Einzelleistungstarifs für Ärzte forderte, am Donnerstag an. 158 Nationalrätinnen und Nationalräte stimmten der Motion zu, 20 lehnten sie ab und elf enthielten sich.

Die medizinische Grundversorgung, die von einem Hausarzt erbracht wird, sei in der Regel kostengünstiger. Da der Patient dem Arzt bekannt sei, könnten zudem unnötige Mehrfachbehandlungen vermieden werden. "Aber es fehlt an Ärzten für die Grundversorgung", sagte Nicolet im Rat.

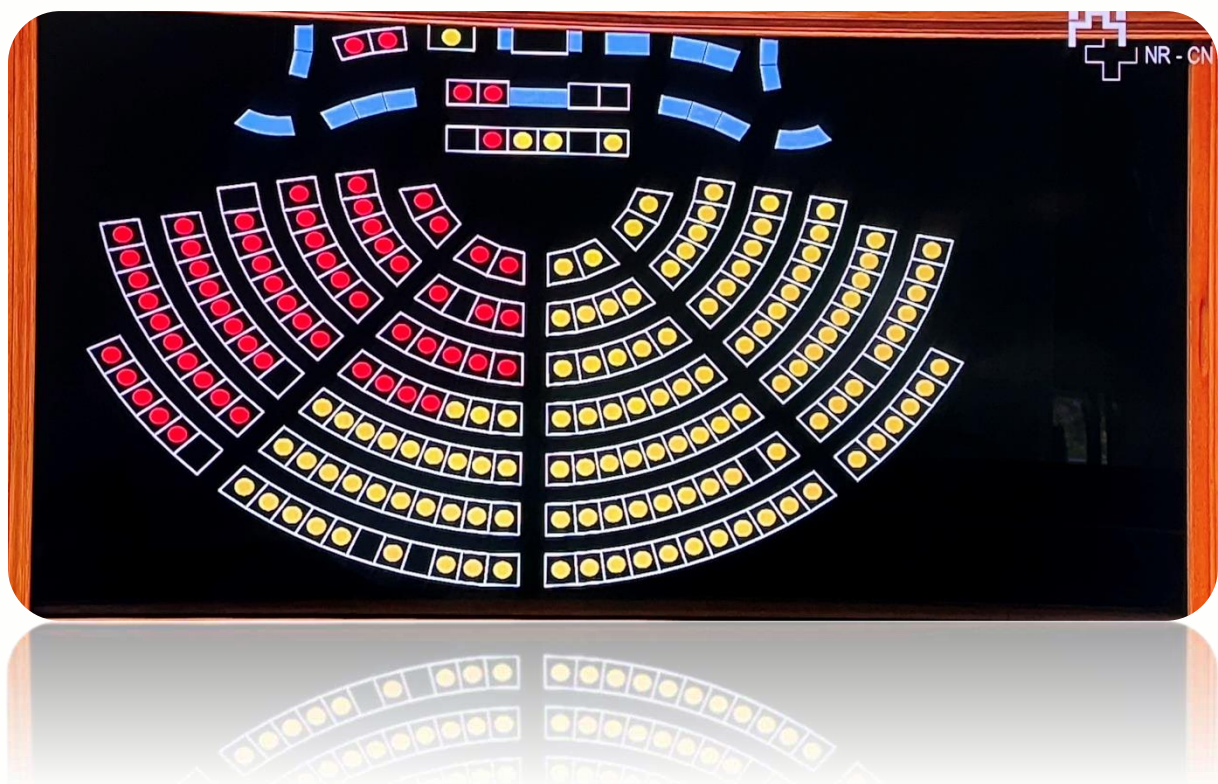
Eine Aufwertung der Hausarztmedizin im Tarifbereich sei von zentraler Bedeutung. Sie sei eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich mehr angehende Ärzte für die Hausarztmedizin und nicht für einzelne Spezialgebiete entscheiden würden. Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hatte bereits eine Übertarifierung der fachärztlichen Eingriffe beanstandet.



Die Abdeckung in der Grundversorgung sei nicht nur mit der Frage des Tarifs verbunden, hiess es derweil vonseiten des Bundesrates. Es sei auch notwendig, dass eine ausreichende Anzahl von Hausärzten ausgebildet werden könne, sagte Innenministerin Elisabeth Baume-Schneider. Mit einem Programm zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Hausarztmedizin solle die Zahl der Absolventen erhöht werden. Der Bundesrat unterstütze zwar die Forderung des Motionärs grundsätzlich, eine Revision des Krankenversicherungsgesetzes sei dafür aber nicht notwendig. Daher lehnte der Bundesrat die Motion ab. Es sei in erster Linie Aufgabe der Tarifpartner, die Tarife auszuarbeiten und anzupassen.

Nationalrat will AHV-Renten auch in Zukunft besteuern

Da arbeitet man ein ganzes Leben lang, zieht Kinder gross und nach der Pensionierung reicht das Geld vorne und hinten nicht. Genau deshalb wollte die SVP heute die Renten der Alters- und Hinterlassenenversicherung von den Kantons- und Gemeindesteuern befreien. Da alle übrigen Parteien das Anliegen nicht unterstützten, müssen sich Rentnerinnen und Rentner auch in Zukunft über eine Steuerrechnung ärgern, weil die AHV-Rente weiterhin vollumfänglich als Einkommen versteuert werden muss.



Bern, im Mai 2024
David Zuberbühler